

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 66, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 392-393. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Mittwoch

20. Mai 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftsbüro 5-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 66, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Mißtrauen und Kampf!

Vandsbergs Rede gegen Rechtskurs und Zollwucher.

Vor sehr schwach besetztem und unaufmerksamen Hause begann Genosse Vandsberg heute seine Reichstagsrede, die die zweite Rednerreihe in der großen außerpolitischen Aussprache einleitete. Rasch aber verfiel dieser kultivierte und geistvolle Sprecher die Zuhörer aller Parteien an sich zu fesseln. Er legte dem Hause ein gehäuftes Material über die nach ihren eigenen Worten hundertjährigen Flugblätter vor, die der Reichsblock im Wahlkampf verteilt hat. Kaum ein Widerspruch wurde bei den Deutschnationalen laut.

Vandsberg erklärte, daß die Sozialdemokratie nicht daran denke, Herrn von Hindenburg auch nur entfernt in der unstillen Weise zu bekämpfen, die das Leben Oberts verkürzt habe. Die wenigen Kommunisten, die unter Führung Ruch Fischers anwesend waren, wiederholt die scharfe Abrechnung Vandsbergs mit den Deutschnationalen zu stören. Unser Redner wußte aber sowohl sie als ihre völkischen Bundesgenossen so witzig abzufertigen, daß die Zwischenrufe im bewundernden Gelächter untergingen.

Dem antifeudalistischen Herrn von Gräfe lagte Vandsberg in Seelenruhe: „Nehmen Sie doch Rücksicht auf Ihre deutschnationalen Freunde, bei denen neben Quack noch anderer sitzt, der seine jüdische Herkunft nicht verleugnet, am wenigsten in seinem Kucheren.“ Bitter ernst wurde Vandsberg dort, wo er sich an die Ministerbank wandte. Die Schwäche und Wandlungsfähigkeit Stresemanns wurde in geschlossenen Sätzen getroffen, die noch mehr ahnen ließen als sie ausgesprochen. Den Kern der ganzen Debatte traf unser Redner mit der Frage an die Reichsregierung, was sie denn zu der Rede des Grafen Westarp sage? Wie solle denn die Welt an die außerpolitische Autorität der Reichsregierung glauben, wenn der Führer der stärksten Regierungspartei Schanke vortrage, die der Politik des Reichsaussenministers Diemar gegenüberstehe. In schneidenden Sätzen begründete Vandsberg unseren Mißtrauensantrag: Kein Vertrauen der parlamentarischen und zollwucherischen Reichsregierung. Ihr gegenüber nur Mißtrauen und Kampf!

Die heutige Reichstagsitzung, in der die große politische Debatte fortgesetzt wird und beendet werden soll, eröffnet Präsident Söbe um 11 Uhr mit der anregenden Mitteilung, daß Herr Müller-Hanssen, also vermutlich der Herausgeber der „Zeiten von Zion“ und anderer hatenkreuzerischer Standardwerke — vom Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung des völkischen Abgeordneten wegen verleumdender Beleidigung erbittet. Schmunzelnd verweist man diesen Antrag an den Geschäftsordnungsausschuß.

Ohne Aussprache wird dem sozialpolitischen Ausschuß ein von unseren Genossen eingebrachter Gesetzentwurf auf Verlängerung der Dauer der Erwerbslosenunterstützung im besetzten Gebiet überwiesen.

Als erster Sprecher in der zweiten Rednerreihe der großen politischen Debatte ergreift nunmehr das Wort unser Genosse

Dr. Otto Vandsberg:

Wir haben nicht nur das Recht, sondern aus Gründen unserer Selbsthaltung auch die Pflicht, bei allen politischen Schritten, die wir in Deutschland tun, die Wirkung auf das Ausland genau zu beachten. Dieser elementaren Wahrheit können sich auch die Deutschnationalen nicht entziehen. So hat der „Lokal-Anzeiger“ im Mai 1924, als Tirpitz zum Reichszustler vorgeschlagen wurde — es war noch vor seiner Aftenerklärung (lebhaftes Heiterkeit links und in der Mitte) — berichtet, man habe sich in England erkundigt, wie eine Kandidatur Tirpitz' aufgenommen werden würde. (Widerspruch rechts.) Aber, meine Herren, der „Lokal-Anzeiger“ läßt doch nicht! (Stürmische Heiterkeit.) Von dem Reichspräsidenten Hindenburg hat das Organ der nationalen Frontsoldaten, des Stahlhelms und Jungstahlhelms geschrieben: „Nun, wo Hindenburg uns führt, bereiten wir uns in stiller Kleinarbeit auf den Tag vor, der dem siegreichen deutschen Volksheroen ermöglicht werde, dem Reich die verlorenen Gebiete zurückzugeben.“ (Hört, hört! links.) Gibt es etwas Lächerlicheres als dem Mundwerk die Funktion des Säbels, den man nicht hat, anzuvertrauen, um auf diese Weise mit dem Säbel zu tödelt. (Sehr laut links.) Der Reichsjustizminister hat die Präsidentschaftskandidatur eines seiner Ministerkollegen vom außerpolitischen Standpunkt als untragbar bezeichnet. Das hätte er vielleicht auch gegenüber der Kandidatur Hindenburg tun müssen — aber ich müde niemandem etwas Unhöfliches zu. (Ein Teil der anwesenden Abgeordneten unterhält sich andauernd so laut, daß der Präsident wiederholt zur Ruhe mahnt; die Ausführungen des Redners sind bei der herrschenden Unruhe auf der Tribüne nicht lärmlos zu verstehen.)

Gegenüber dem Vorwärts wegen der Führung des Wahlkampfes durch den Reichsblock stelle ich fest, daß die Anhänger der Kandidatur Marx allerdings auf das hohe Alter Hindenburgs hingewiesen haben, aber das hat er auch selbst getan; denn er hatte unter Hinweis auf sein hohes Alter die Kandidatur zunächst abgelehnt. Der Reichsblock hat auch behauptet, daß es schwer sei, mit 78 Jahren noch Politik zu lernen. Das ist doch nichts Unschönes, aber auf der anderen Seite scheint der Glaube an die Sieghaftigkeit derjenigen Ideale, denen Graf Westarp gestern die Wahl Hindenburgs zugeschrieben hat, nicht allzu stark gewesen zu sein, denn Sie (nach rechts) haben im Wahlkampf an ganz andere Ideale appelliert. Ganz besonders die Deutschnationalen; es ist ja damals ein Bericht über eine Vorstandsagung der Deutschnationalen veröffentlicht worden, in der verschiedene Redner ihre Sehnsucht nach gemeinen, ja nach hundsgemeinen Flugblättern ausgesprochen

haben und ein Dr. Weiß, der wohl eine hohe Position bei den Deutschnationalen hat, erklärte, daß bald ein Zeichner zu ihm komme, der ein Flugblatt herstelle, das den Kandidaten Marx mit einem kleinen Hütchen und einem Wasserlopf zeige und daneben das Bild Hindenburgs mit der darunter stehenden Frage, welchen von beiden man wählen wolle. (Zuruf rechts bezeichnet diesen Vorschlag als Fälschung.) Damals habe ich in Ihren Blättern gelesen, daß dieser Bericht aus Richtigkeit und Wahrheit bestehe. (Zuruf rechts: Was Sie erzählen, ist eben falsch! Stürmische Heiterkeit.) Aber dieses Flugblatt ist doch wirklich erschienen. (Zuruf rechts: In der „Vorwärts“-Druckerei gedruckt?) Nein, bei Otto Elsner. Nur hat der Zeichner das Hütchen weggelassen.

Die Unterchrift behauptet, daß Marx das Rheinland und Westfalen preisgeben, den Bayern und Pommer schwarze Franzosenbelagungen auf den Hals heben wolle, sich selbst in London als seinen Staatsmann bezeichnen und die Aufwertungsorderungen der Sparrer mit Hohn zurückgewiesen habe. (Entstimmungsruhe links und in der Mitte. — Abg. Graf Westarp: Was hat denn Dr. Paul Levi über Marx geschrieben?) Ich lehne die Kritik Dr. Levis an Marx vollkommen ab, aber diese Kritik ist nach der Wahl erschienen. Das verkehrte Flugblatt aber vor der Wahl. Ein anderes Flugblatt des Reichsblocks rief den Wählern zu: Die Brüder Barnt schlugen Herrn Marx vor, damit sie dann strotzen dem deutschen Volk das Geld aus der Tasche ziehen könnten. (Neue Entstimmungsruhe der Volksblockparteien.) Und der württembergische Bauern- und Weingärtnerbund, der zu den Deutschnationalen Organisationen gehört, hat vor einer Wahl Marx, nicht nur den Krieg vorausgesetzt (hört, hört), sondern auch die Niederkehr der Rapoporten, wenn Deutschland unter Marx in den Völkerbund einträte, daß dann nämlich die Deutschen zu französischen Soldaten gepreßt werden würden. (Gelächter und Entstimmungsruhe links und in der Mitte.)

Für die Herren von der Bayerischen Volkspartei wird ein Flugblatt besonders interessant sein, das allerdings in Bayern vermutlich nicht verteilt werden ist, und worin von der Wahl Marx' vorausgesetzt wird, daß dann das ganze deutsche Volk wider sozialistisch gemacht, die Gewerkschaften zerstört und die Ehrenrechte erhalten würde. (Gelächter Bewegung im Zentrum, erregte Ausrufe des Abg. Hebrich.) Ich glaube nicht, Herr Kollege Hebrich, daß man sich über derartige Exzesse schweiger Geister noch erregen sollte. (Zuruf rechts: Verlesen Sie doch auch sozialdemokratische Flugblätter.) Sie werden uns kein sozialdemokratisches Flugblatt vorweisen können, das einen Vergleich mit diesen Gemeinheiten aufnimmt!

Eine unaußersagbare Tatsache ist es, daß Hindenburg gewählt wurde, dank der Kommunisten.

(Widerspruch der Kommunisten.) Ich bin naiv genug, wie Sie diese Tatsache bestritten können. Die 1,9 Millionen Stimmen für Thälmann sind demütigt aufgebracht worden, um den Sieg des republikanischen Kandidaten zu verhindern. (Andauerndes Gelächter der Abg. Frau Gohle.)

Was für Folgerungen zu ziehen sind, hat Ihnen mein Parteifreund Breitfeld gestern gesagt. Sie werden keine Renaissance der Dinge erleben, denen das Leben des verstorbenen Reichspräsidenten Jahre hindurch gewidmet war. Dieser Mann, dem das deutsche Volk wahrlich Dank schuldet, ist in der schmachlichsten Weise verew-

bei worden. (Die nächsten Sätze des Redners gehen im Lärm der Kommunisten unter.)

Präs. Söbe: Frau Abg. Gohle, Sie hatten gestern das Wort und nicht heute.)

Abg. Vandsberg (Fortf.): Wenn die chaotischen Zustände ins Verfallsmähige übergeleitet worden sind, so kommt dieses Verfallsmähige in erster Linie dem Manne zu, der durch Taten verläumd worden ist. Keiner der Deutschnationalen hat es für nötig gehalten, diesen ihren Parteigenossen entgegenzutreten. Es ist keiner unter ihnen gewesen, der sich dessen geschämt hätte. Wer sich an der Autorität eines Präsidenten veründigt, der untergräbt die Autorität des Reichspräsidenten. Die Wahlen sind vorbei, der Präsident ist gewählt und ist der Vertreter des Volkes. Wir hoffen, daß er sich nicht von einem Engländer beschämen lassen wird, von dem Herzog von Wellington, der sagte: „Ich gäbe wenig mein Leben hin, wenn ich damit meinem Lande eine Minute blutigen Krieges erspart hätte.“ Zu diesem Satz muß ein Staatsmann sich bekennen und ich glaube, daß auch Herr Hindenburg ihn für sich in Anspruch nimmt.

In Verbindung mit der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund wird das Wort Pazifismus gebraucht im Sinne einer wüßelhaften Unterwerfung. Wir lassen die Frage anders auf, wir wollen den Völkerbund ausgefallen zu einem freien Verein gleichberechtigter Völker. Bei der Frage, ob es besser ist, daß Deutschland dem Völkerbund beitrete oder draußen bleibt, braucht man nur daran zu denken, wie die oberste Frage vom Völkerbund gelöst werden ist. Diese Lösung entspricht allem anderen als unseren Anschauungen und hätte Völkern nur eine einzige Stimme mehr als Deutschland erhalten, so wäre uns ganz Oberstleuten wegenommen worden. Ich erinnere dabei an das Wort des italienischen Politikers Cascur, daß man nicht von kalt gewordenem Groß in der Politik leben könne. Auch wir können im Falle Oberstleuten nicht von solchem kalt gewordenem Groß leben. Ich frage aber weiter:

Hätte der Völkerbund über die deutschen Verfassungen zu beschließen, glaubt man, daß die Entscheidung günstiger für uns ausfällt, wenn wir nicht Mitglied des Völkerbundes sind oder wenn wir an seinen Entscheidungen mitwirken.

Wir betrachten die Frage des Völkerbundes ohne Illusionen. Er ist noch kein vollkommenes Produkt, er ist nicht fertig aus Tageslicht gestiegen, wie nach der griechischen Sage Athene in voller Rüstung aus dem Kopf von Zeus. Aber wenn der Völkerbund auch nur eine einzige kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Völkern verhindern kann, wenn der Völkerbund auch nur ein einziges Mal in Streitigkeiten zwischen den Völkern einschreiten kann, so genügt doch schon diese eine Tatsache, um seine Notwendigkeit zu beweisen und ihm einen glänzenden Platz in der Weltgeschichte einzuräumen. Ich erinnere daran, daß der Gedanke des Völkerbundes in der Vereinigten Staaten, auf deren Freundschaft gestern so starkes Gewicht gelegt worden ist, Millionen und aber Millionen von schmerzlichen Verletzten hat. Und gerade das amerikanische Volk zeichnet sich durch seinen starken Rechtsinn aus. Aber auch in anderen Ländern hat der Völkerbund viele Anhänger.

Den beiden Herren Ministern (zu Luther und Stresemann gewandt), die hier die auswärtige Politik vertreten, lege ich, daß es die erste Weisheit von Staatsmännern ist, ein erhabenes

Nieder mit dem Brotwucher!

Entscheidung des sozialdemokratischen Parteiausschusses.

Der Sozialdemokratische Parteiausschuß, der heute vormittag zu einer Sitzung zusammentrat, beschloß einstimmig, den diesjährigen Parteitag zum 15. September nach Heidelberg einzuberufen.

Ebenso einstimmig nahm der Parteiausschuß Stellung gegen die Zollwucherpolitik, die von der Regierung Luther-Kantj-Schleben eingeleitet wird. Der Ausschuß legte seine Meinung in folgender Entscheidung nieder:

Die Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger wird durch einen neuen Anschlag der großkapitalistischen und großagrarischen Interessentengruppe aufs schwerste bedroht.

Die sogenannten kleine Zollerücklage der Reichsregierung will die alten Brotwuchergesetze von 5 M. für Roggen und 5,50 für Weizen als feste Mindestzölle wieder einführen. Zugleich soll der Eisenzoll in seiner alten Höhe aufrecht erhalten werden.

Diesen Absichten der Regierung jagt die sozialdemokratische Partei den schärfsten Kampf an.

Die geplanten Zölle geben dem großagrarischen und kapitalistischen Unternehmertum die Möglichkeit, die Grund- und Kartellrente künstlich zu steigern und unabhängig von der Preisgestaltung des Weltmarktes eine neue Preisdiktatur über die inländischen Verbraucher auszuüben. Schwersten Schaden bringen sie jedoch der Fertig- und Exportindustrie, der kleinen und mittleren Landwirtschaft, vor allem den die Mehrheit des Volkes bildenden Lohn- und Gehaltsempfängern, denen die Lebenshaltung verwehrt, der Arbeitsmarkt verengt wird in einer Zeit, da die Löhne kaum das Existenzminimum sichern.

Den verarmten Massen des arbeitenden Volkes das Brot künstlich verteuern zu wollen, ist eine fürchterliche Brutalität. Diese Verteuerung trifft alle, auch die Kerne der Firmen, die

Opfer der Inflation, die Kriegswitwen und -waisen und die Kriegsbeschädigten, ihnen, die mit unwidriger Entschädigungen abgepreßt werden, will man jetzt auch noch das Brot verteuern.

Die neuen Zölle bedeuten für diese Massen neuen Hunger, wenn nicht die Teuerung durch Erhöhung der Löhne, Gehälter und Unterhaltungen wieder ausgeglichen wird. Eine solche Erhöhung würde aber nur eine Scheinbrot sein. Sie würde die Kaufkraft der Verbraucher nicht heben, sondern nur die Produktionskosten und die Staatsausgaben erhöhen. Vermehrte Ausfuhrerlöse, Arbeitslosigkeit und vermehrte Steuerlast wären die Folgen.

Im Kampf gegen diese verhängnisvollen Pläne muß sich die Sozialdemokratische Partei einig mit der Wissenschaft, deren maßgebende Vertreter vor jeder naheliegender Vertreibung der Produktion durch Schutzzölle auf Brotgetreide und auf industrielle Rohstoffe abdringlich waren. Sie muß sich darin einig mit den wirtschaftlichen Berufsvereinigungen der Lohn- und Gehaltsempfänger, die gegen diese Pläne die nachdrücklichsten Vorstellungen erhoben haben. Daß sich für sie im Reichstag keine Mehrheit findet, dafür müssen die bedachten Volksmassen jetzt selbst sorgen.

Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist es, diese Massen aufzurufen und ihnen das geistige Rüstzeug zu geben, das sie befähigt, den Angriff auf ihre Lebensinteressen zurückzuschlagen. In den nationalistischen Rechtsparteien hat sich die großkapitalistische und großagrarische Interessentengruppe ihr Herrschaftsinstrument geschaffen. Rechtskurs bedeutet steuerliche Schonung des Besitzes, schwerste Belastung der Besitzlosen durch Steuern und Zölle.

Der Kampf muß daher unter der Parole geführt werden: Nieder mit dem Rechtskurs! Nieder mit dem Brotwucher!

Ziel einzustellen, auch wenn es nicht im ersten Anlauf gewonnen werden kann. Gewiß besteht zwischen Frankreich und England keine Einheitslichkeit darüber, aber auch bei uns gibt es ja keine einheitliche Meinung, denn man könnte z. B. den Grafen v. Westarp und mich nicht an dasselbe Gespann anschließen. Aber die Scheidung der Bevölkerung in allen Ländern geht nicht nur zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch zwischen Idealisten und Interessenten. Letztere Aufgabe muß es sein, diese Idealisten zu ermuntern und den Völkerverbund zu einem Bund aller Idealisten zu machen. Herr Außenminister Stresemann, beachten Sie doch, welche Kreise den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund heute ablehnen. In England sind es die D'Yards, in Frankreich sind es die Anhänger Poincarés. Und zwar deshalb, weil sie durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund eine Schädigung ihrer Interessen befürchten.

Wenn wir, wie es gestern ein Redner getan hat, eine geschichtliche Parallele ziehen wollen, so müssen wir uns an den deutschen Bund nach den Befreiungskriegen erinnern. Auch dieses Produkt hat in vollkommener Art die Einigung Deutschlands angestrebt. Trotzdem ist das damalige Preußen eingetreten, um nicht Österreich die Hegemonie zu überlassen. Nun wird uns entgegengehalten, der Preis für den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund sei zu hoch. Beiläufig möchte ich gegenüber der kommunistischen Rednerin Ruth Fischer, die den Anspruch erhebt, Realpolitikerin zu sein, sagen, daß sie nicht viel Realpolitik bemerken hat. Sie hat durch ihre Meinung, der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund würde bedeuten, daß Deutschland an den Kämpfen einer Einheitsfront gegen Rußland teilnehmen müsse, keinen Beweis für ihre Befähigung als Realpolitikerin gebracht. Ich habe in der ganzen Welt kein Interesse an den inneren Einrichtungen Rußlands gefunden. (Zwischenrufe bei den Kommunisten). Jedenfalls scheint das Interesse Sowjetrußlands an den inneren Einrichtungen der anderen Länder viel größer zu sein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir dürfen nicht verkennen, daß für den Preis, den Deutschland für den Eintritt in den Völkerverbund entrichten soll, es etwas sehr Wertvolles erhält, nämlich

den Anspruch auf Schutz.

Ich brauche den Vertreter der deutschen Außenpolitik nicht zu sagen, was das bedeutet. Es wird uns weiter von den Gegnern entgegengehalten, daß noch zwei andere große Staaten außerhalb des Völkerverbundes stehen. Man braucht aber nur daran zu denken, wie die Situation werden würde, wenn der eine große Staat in Europa doch dem Völkerverbund beitrete. Dann würde Deutschland in einer Vereinbarungszone sein, die alles andere als glänzend wäre.

Als der Reichstanzler Luther sein Kabinett vorstellte, nahm er in Anspruch, daß er mit allen Parteien zusammenarbeiten wollte. Am nächsten Tage bezeichnete ein Vertreter der stärksten Regierungspartei als Aufgabe der Regierung den rücksichtslosen Kampf gegen die Sozialdemokratie. Der Außenminister Stresemann hat gesagt, eine andere Politik als die der Verständigung sei nicht möglich. Keine Partei kann eine andere Politik treiben. Damit hat er das Angebot des Sicherheitspaktes begründet. Die deutschnationalen Minister im Kabinett müssen für das Memorandum, in dem der Sicherheitspakt angeboten ist, gewesen sein, denn es handelt sich nicht um Verhandlungen, die bereits im Zuge waren, als die Deutschnationalen in die Regierung eintraten.

Die gestrige Rede des Führers der stärksten Partei der Regierung, des Grafen Westarp, läßt deutlich erkennen, daß er diese Politik zu verschlagen wünscht.

Gleichwohl sollen die Verhandlungen mit der Entente beginnen mit der Ansetzung des Schuldtermins. Graf Westarp glaubt wahrscheinlich, die Verhandlung damit erleichtert zu können. Am 16. August soll das Antragsgebiet geräumt werden. Kein Gesetz kann uns diesen Anspruch bestreiten. Da kommt Graf Westarp, wenn dieser Anspruch nicht anerkannt würde, dann ist sofort der Dames-Plan hinlänglich. Westarp sagt, das demokratisch-republikanisch-parlamentarische System wäre uns wünschenswert. Es ist nur wertlos, daß es sich 1918 so glatt und ohne alles Blutvergießen durchgesetzt hat. Es würde mir als Parteimann Bedauern bereiten, wenn ich als Grund dafür die Freiheit der anderen Seite annehmen könnte. Es ist aber in erster Reihe die allgemeine Erkenntnis gewesen, daß das gestürzte System uns in den Abgrund getrieben hat und daß das deutsche Volk seine Zukunft in eigene Hände nehmen mußte, wenn es wieder herauswollte. In der Geschichte wird wenig danach gefragt, wie etwas geschieht, sondern wichtig ist, daß etwas geschieht. Die deutschnationalen Minister scheinen das Vertrauen der Kommunisten zu genießen. Ihr Mißtrauensantrag richtet sich nur gegen Stresemann und gegen Luther. Die Regierung und die deutschnationalen Minister machen die einzige Politik, die sie

machen können, und die Führer der Deutschnationalen im Parlament versuchen, ihnen Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Wenn Frau Gohls in Völkerverbund ein Konfession von Räubern sieht, so mündert uns das nicht, denn warum soll sie ausnahmsweise einmal nicht schimpfen. Wenn aber Westarp auf England und Frankreich etwas sagt, was, auf den Einzelnen angewendet, eine Verbaljurisie ist, so steht das auf einem anderen Blatte. Westarp hat an England kein gutes Haar gelassen. Der englische Protest gegen die Ruhrbesetzung war eine Tatfache von ungeheurer Gewalt. (Auf einen Jurist von den Deutschnationalen antwortet Genosse Bandberg: Sind Sie so wackerlich, daß Sie immer gleich Jinsen einfassieren wollen? und auf einen erneuten Jurist sagt er, Sie sollten Ihre antisemitischen Bemerkungen unterlassen mit Rücksicht auf Ihre Freunde Quanz und Richtigstein, die ihre jüdische Herkunft nie verleugnet haben, wenigstens nicht in ihrem Teufeln. Stürmische Heiterkeit.)

Die kann die Regierung die Autorität, die sie in der Welt braucht, beanspruchen, wenn derartige Dinge möglich sind, doch Führer der stärksten Koalitionspartei auftreten und sich zu Anschauungen bekennen, die denen der Regierung diametral gegenüberstehen. Wir glauben, daß die Regierung auf außenpolitischem Gebiete eine Politik der Verständigung treiben will. Das hat Herr Stresemann zum Ausdruck gebracht, und wir hoffen, daß er diese Erkenntnis auch weiter befolgen wird. Diese Hoffnung genügt uns aber nicht zu einem Vertrauensvotum zu ihren Gunsten. Ihre Innenpolitik, ihre plakatförmigen Steuererlasse, ihre Rückkehr zum Schutzholl sind uns verhasst, die erste Gelegenheit zu ergreifen, um ihr unser schmerzliches Mißtrauen auszusprechen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Die nächsten Redner sind Abg. Bell (Soz.) und Abg. Schnee (D. Sp.).

Erhöhung der Invalidenrenten.

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

Die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der

1. mit sofortiger Wirkung eine Erhöhung der Renten aus der Invalidenversicherung um monatlich mindestens 10 Reichsmark für den Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente, um monatlich 5 Reichsmark für den Empfänger einer Waisenrente vorseht;

2. die Mittel dafür sind in erster Linie durch Reichszuschuß zu decken und nur der dann noch etwa verbleibende Fehlbetrag durch Erhöhung der Beiträge.

Berliner Funktionärinnenkonferenz.

Ein Referat der Genossin Bohm-Schuch.

In der gestern abend abgehaltenen Funktionärinnenkonferenz des Bezirksverbandes Groß-Berlin der SPD, gab Genossin Bohm-Schuch M. d. R. einen Ueberblick über die politische Lage. Es ist offenbar, so führte die Rednerin aus, daß die Rechtsparteien nach der Wahl Hindenburgs einigermassen enttäuscht sind. Nicht nur die Haltung Hindenburgs, sondern auch die der Regierung ist bedeutend anders ausgefallen als man es sich im Reichstagslager vorstellte. Stresemanns letzte Rede im Reichstag zum Garantiepakt ist als der Schlußakt der sozialdemokratischen Politik seit dem Abschluß des Friedensvertrags zu bemerken. Für die deutschen Rationalisten ist der Garantiepakt als ein Dokument friedlichen Verhandlungswillens eine schwere Belastung, und gerade der ausgesprochen rechtsgerichtete alte Minister Hindenburg muß diesen Garantiepakt unterschreiben. Die Ausnahme in den Völkerverbund, die vollständige Entwaffnung und alle damit zusammenhängenden Fragen sind nun uns freis als Lebensfragen für das deutsche Volk bezeichnet worden, wofür wir allerdings oft genug Hochverräter genannt wurden. Trotzdem muß gesagt werden, daß die Durchführung aller außenpolitischen Fragen nach unten nicht so günstig wirken wird. Hier wird sich der Sieg der Reaktion bei der Wahl Hindenburg gerade für die großen Volksmassen gegenwärtig auswirken. Die Verteilung der Lasten aus dem Dames-Gutachten ist in den Händen der Reichsregierung, die den Besitz selbstverständlich schonen wird. Auf kulturpolitischem Gebiete hat sich der verderbliche Einfluß

erst kürzlich bei dem Etat der Presterakademie in Frankfurt a. M. gezeigt, der nach dem Willen der Reichsregierung abgelehnt wurde. So geht es auf der ganzen Linie. Wenn wir Sozialdemokraten Mittel für Kultur- und schulpolitische Angelegenheiten fordern, sehen wir uns einer geschlossenen bürgerlichen Mehrheit im Reichstag gegenüber. Geld ist vorhanden; allein aus den Ueberschüssen der Reichsgetreidestelle sind 90 Millionen übrig und wenn sie auch nicht ausreichen, so könnten sie doch zu manchem Fortschritt verwendet werden. Für die gesamten Kulturanforderungen sind im Reichsetat ganze 22 Millionen eingestellt, dagegen für die Polizei 100 und für die Technische Reichsanstalt allein 3 Millionen. Das Verhalten der Rechtsparteien in der Aufwertungsfrage ist glatter Schwindel und Betrug. Erst wurden Wahlversprechungen gemacht, die jedem nach Gefallen eingestuft wurden und jetzt in der Reichstagspraxis stimmen die Rechtsparteien gegen ihre eigenen demagogischen Anträge.

Unsere Stellung zu den Zolltarifffragen ist nicht nur dadurch gegeben, weil durch Schutzzölle alle notwendigen Lebensmittel für das Volk verteuert werden, sondern auch deshalb, weil durch die Wiedererrichtung der alten Zollstrahlen die Verheerung der Arbeiterschaft diesseits und jenseits der Landesgrenzen wieder aufleben wird. Täuschen wir uns nicht: die Sozialdemokratie ist im Reichstag allein gegen die Zölle; alle anderen Parteien sind Zollfreunde. Darin trennt uns auch eine tiefe Kluft von den bürgerlichen Linksparteien, mit denen wir bei der Präsidentenwahl zur Erhaltung der Republik zusammengingen. Es trennen Weltanschauungs- und Wirtschaftsfragen uns von unseren Bundesgenossen. Das Verhalten der Rechtsparteien bei der Neuregelung der Gehaltsfrage für den neuen Reichspräsidenten ist bezeichnend für ihre Heuchelei in solchen Fragen. Kaum ist Hindenburg acht Tage im Amt, soll sein Gehalt auf 180000 M. erhöht werden. Für den Sozialdemokraten Ebert war jeder Pfennig zuviel, Herrn Hindenburg verleiht man das ihm Gebührende zuzuschätzen.

Aus dieser ausgesprochenen Rechtspolitik erwächst uns die Pflicht, die Massen immer wieder aufzuklären, um sie politisch reif zu machen. Unsere Zukunftsaufgabe besteht nun einmal in der Aufklärungsarbeit. Der Hinweis darauf, daß unsere Politik zwangsläufig aus dem Friedensvertrag erwächst, muß stets im Vordergrund stehen. Nur so werden wir die Entwicklung nach rechts aufhalten und den Ausbau der Republik fördern können. Ist die Republik auch nicht unser letztes Ziel, so wissen wir doch, daß wir in ihr die besten Möglichkeiten, zum Sozialismus zu kommen, haben. Auf, Genossinnen, an die Arbeit!

In ihrem Geschäftsbericht betonte Genossin Lodenhagen, daß es bei ihrer Berichterstattung weniger darauf ankomme, Gegebenes zu registrieren, sondern vielmehr darauf, zu überprüfen, ob das Gegebene auch erfolgreich war. Der Mitgliederstand hat sich erfreulicherweise gehoben. Die Reichspräsidentenwahl ist für die Frauen eine politische Prüfung gewesen. Wenn man die Stellung der Frau in der Politik, in der Wirtschaft, im Haushalt und in der Religion berücksichtigt, überrascht das Wahlergebnis keineswegs. Bei der Aufklärung der Frauen ist die beständige Agitation stets erfolgreicher als eine negativ eingestellte. In dieser Hinsicht bietet uns die Lehre des Sozialismus jede Handhabe zur gewinnbringenden Aufklärung. Unsere Kurse haben gezeigt, daß das Bildungsbestreben bei den Genossinnen stark vorhanden ist; die Kurse haben eine wertvolle Bereicherung unseres Frauenfunktionärerkörpers gebracht. Genossin Lodenhagen erwähnte die starke Belastung des Sekretariats durch die vier im Geschäftsjahr tätigen Frauen. Durch die Botschaft ist der Ausbau der inneren Organisation gehindert worden, doch wird das alsbald nachgeholt werden. Der Geschäftsbericht gab ein erfreuliches Bild der umfangreichen sozialdemokratischen Frauenarbeit in Berlin. Den Schluß der Funktionärinnenkonferenz bildeten die Einzelberichte der Kreisvertreterinnen.

Der sozialistische Landtag beschloß, gemäß einem Antrage der aus der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei gebildeten bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft die Aufhebung des 1. Mai und des 9. November als gesetzliche Feiertage.

Vererbung und Rassenhygiene.

Ueber Konstitution, Vererbung und Rassenhygiene sprach kürzlich Prof. Christian im Vorkurs der Medizinischen Hochschule im Rahmen einer Vortragsreihe, die unter dem Gesamttitel „Hygiene und Technik“ angeordnet ist. Prof. Christian behandelte zunächst die interessante Frage, ob die Konstitution des Menschen bedingt ist durch erbliche Anlagen oder ob sie ein Produkt der Umwelt ist? Rousseau glaubte, daß beide Einflüsse gleich seien, er schloß daraus, daß die Erziehung die Aufgabe habe, für eine möglichst gleichartige Ausbildung aller Menschen zu sorgen. Diese Anschauung ist verlassen worden, Experimentelle Untersuchungen an Tieren und Pflanzen haben gezeigt, daß der Umwelt nur ein sehr bedingter Einfluß zukommt, daß durch sie erzeugte Veränderungen in der Konstitution nur so lange bestehen bleiben, als die durch die Umwelt bedingten Verhältnisse ein- oder nachwirken. Sehr interessante Aufschlüsse hat die Beobachtung von Zwillingen gegeben. Zwillinge, die aus zwei Eizellen entstanden sind, weisen unter den gleichen Verhältnissen völlig verschiedene Anlagen und Entwicklungen auf. Bei Zwillingen jedoch, die aus einem Ei hervorgegangen sind, stellte man völlig gleiche Anlagen fest. Das geht so weit, daß selbst gewisse Erkrankungen bei ihnen zur gleichen Zeit eintreten. Der Vortragende führte eine Reihe sehr interessanter Beispiele dafür an. So waren während des Krieges zwei jüdische Zwillinge an der Front. Der eine im Osten, der andere im Westen. Beide erkrankten fast am gleichen Tage am Typhus. Auch ihre sonstige Entwicklung war bis zu dieser Stunde völlig gleichartig verlaufen. Diese Beobachtungen zeigen einwandfrei den hervorragenden Einfluß der Vererbung auf das Schicksal des Menschen. Die Lehre Lamark's behauptete im Gegensatz zu Rousseau, daß die Organe, die nicht gebraucht würden, verkümmerten. Daraus leitete er die Zweckmäßigkeit der Arten her. Diese Lehre ist ebenfalls auf Grund eingehender Untersuchungen verlassen worden. Dagegen hat Darwin's Grundanschauung sich als außerordentlich fruchtbar erwiesen. Darwin nahm bekanntlich von vornherein verschiedene Arten an und glaubte, daß dann später eine gewisse Auslese stattgefunden habe.

Das Menschengeschlecht ist sicher seit Millionen von Jahren auf der Erde heimisch. Die Schicksale des Menschengeschlechtes sind nicht so wenig bekannt. Sicher scheint, daß die nördliche Rasse durch die Eiszeit entstanden ist. Nach Abschluß dieser Periode waren ungezählte Menschen zugrunde gegangen, nur die kräftigsten und intelligentesten hatten sie überstanden. Sie bildeten den Stamm der nördlichen Rasse. Ebenso haben die klimatischen Verhältnisse in anderen Erdteilen gewisse Stammrassen mit ausgeprägten Eigenschaften entstehen lassen. Seit jener Zeit aber sind die Menschen wieder einander nähergekommen. Die Umweltbedingungen haben sich wieder angenähert und wenn wir heute von Rassen sprechen, so ist das nur noch eine künstliche Konstruktion. Die Welt hat sich zwanglos befreundet, so daß die bestimmten Eigenschaften einzelner Rassen völlig durcheinander gemischt wurden. (Eine Feststellung, die unsern völkischen Rassentheoretikern gerade nicht sehr angenehm sein muß.) Der Vortragende behandelte alsdann die Forschungen des Argentinierwunders Gregor Mendel, die sehr interessante Auf-

schlüsse über die Vererbung gebracht haben. Gerade Mendel's Entdeckungen zeigen, warum die Eigenschaften der Menschen so außerordentlich verschieden werden konnten. Diese bereits 1865 veröffentlichten Untersuchungen fanden seinerzeit kaum irgendwelche Beachtung. Sie sind erst in den neunziger Jahren als Ausgangspunkt für die moderne Vererbungstheorie benutzt worden.

Das zur Befruchtung reife weibliche Ei enthält 48 Kernkörperchen. Beim männlichen Samen aber gibt es Kerne mit 47 und 48 Kernkörperchen. Wenn sich zwei Kerne von je 48 Kernkörperchen vereinigen, so bildet sich daraus ein weibliches Wesen, in anderen Fällen ein männliches. Der 48. Kern des männlichen Samens ist das sogenannte X-Kernkörperchen, das nicht nur die Geschlechtsfaktoren bestimmt, sondern auch andere Erbanlagen in sich schließt. Praktisch wirkt sich diese Tatsache so aus, daß z. B. ein männlicher Bluter (hiese Eigenschaft, bei der eine geringfügige Verletzung des Betroffenen zum Verbluten führen kann) Söhne bekommt, die von dieser unangenehmen Anlage befreit sind, während die Tochter durch das 48. Kernkörperchen diese Eigenschaft in sich bewahrt und sie ihren Kindern wieder auf den Lebensweg mitgeben kann.

Am Schluß seiner Ausführungen ging der Vortragende auf die Forderungen der Eugenik ein, der „Lehre vom Wahlgehorwerden“. Er behandelte die Maßnahmen, die in einzelnen Staaten, wie Amerika, Rußland, Schweden getroffen worden sind, um eine möglichst gesunde Nachkommenschaft zu erzeugen. Er ist der Meinung, daß Gesetze, wie sie in Amerika bestehen, nur dann beschloffen und durchgeführt werden können, wenn die Bevölkerung die Grundlagen und die Notwendigkeit begriffen hat. Für Deutschland forderte er ein Institut, das alle Erkenntnisse über Vererbung und Rassenhygiene sammelt, und ferner ein Ministerium, das an maßgebenden Stellen die biologischen Interessen der Bevölkerung durchsetzen kann. Eheberatung sei notwendig, wertvoll aber könnte sie nur werden, wenn Familienkassenbücher geführt würden, in denen vor allem über die gesundheitlichen Verhältnisse der einzelnen Familienmitglieder einwandfreie Eintragungen vorhanden sind. Dann würden nach etwa fünf Generationen die Eheberatungsinstitute wirklich in der Lage sein, einwandfreie Rückschlüsse auf die Eignetheit der Ehepartner zu ziehen. Die alten Kulturen der Babylonier, Perser, Ägypter usw. sind zugrundegegangen, weil die biologischen Interessen vernachlässigt wurden. Bei dem heutigen Stande der Wissenschaft haben wir nicht nötig, in diesen Fehler zu verfallen. Und es wäre zu wünschen, doch hier durch Aufklärung dem Untergang ein Riegel vorgeschoben würde.

Neuaufstellung von Rodins „Bürgern von Calais“.

Rodins Meisterwerk, die Gruppe seiner „Bürger von Calais“, war ursprünglich in der denkbar schlechtesten Weise auf einem hohen, geschmolzen verzierten Postament aufgestellt. Rodin selbst hatte immer gefordert, daß sein Werk ohne weitere Ausschmückung einfach auf dem Erdboden stehen solle. Nachdem die berühmte Gruppe während des Krieges fortgeschafft worden war, ist sie nun jetzt, wie die „Antikronik“ berichtet, neu aufgestellt worden, und diesmal ganz im Sinne des Meisters: die erregenden Gestalten stehen vor dem alten Stadthaus auf der Place d'Armes, zu Füßen des benachbarten mauerförmigen Glockenturms, auf einer einfachen breiten Erhöhung mitten im Leben, das rings um sie wogt.

Kurpfuscherkomödie.

Knoc Salin! Knoc Salin! Ueberall an den Wänden vom Hotel zum Goldenen Dromedar ist das zu lesen. Aber das Hotel ist nicht mehr ein kleines Absteigequartier, es ist ein großartiges Sanatorium. Schon werden Dependancen angeleitet; Vorkauflich übernahmen die Patienten paarweise im Schwitzbade, da die Betten fehlen. Und alles das hat mit seiner Lächerlichkeit Dr. Knoc getan. Ein famoser Halbarte und Quackhalter, der in drei Monaten dem ganzen Krankheitsmittel beibringt, daß kein Mensch im Lande gesund ist. Dr. Brustbonbon, sein Vorgänger, war ein dummes Kerl, da er den Deuten einredete, daß sie gesund seien. Dr. Knoc versteht die Welt. Er holt sich aus dem Meilen Goliath eine kleine Gallenblasenentzündung oder Gehirnverwundung heraus. Ja, sogar den lieben Kollegen Brustbonbon, der den Deuten die Krankheiten abgewöhnen wollte, überzeugt er, daß zu dem braven alten Mann die tödliche Krankheit schon lange herantreibt. Rod auf, Beste auf, Hosenträger abgeklopft, eben sollen die hohen herunter, weil Brustbonbon doch totunglücklich ins Bett muß. Da fällt der Vorhang. — Jules Romains hat die launige Komödie „Dr. Knoc“ geschrieben. Man spielt das französische Stück im Deutschen Theater. Es ist pointenreich und zusammengeleitet aus viel Witz und komischen Szenen. Die Menschendummheit geht zum Teil, die Hochflaperei liegt erdglüht. Es ist eine Lust zu sehen, auch eine Lust, Eugen Klopfer als Hauptquackhalter und Waldor auf der ganzen Bühnenlinie zu sehen. Knoc Salin! Knoc Salin! Unter dieser Lösung, die den Patienten in letzterseits herangebrachter Lösung eingegeben wird, geht aller Humor auf und unter. Eugen Klopfer hütet sich davor, allzu viel aufzuklären. Er spricht nur die Komik ins Wort. Gerade dieses Bedrige, dieser theatralische Pointillismus ist das, was für ihn gewinnt. Bekanntlich Ballentin, der den braven, pedantischen Doktor spielt, ist Herr Klopfer fast ebenbürtig. Er kommt in Rollen, die eine gewisse Tölpelerei und Unflüchtigkeit verlangen, der Natur sehr nahe. Einige Dutzend Menschen warten voll Sehnsucht und Ehrgeiz, am Deutschen Theater auftreten zu dürfen. Der Regisseur hat sie auch zu dieser Komödie nicht herangezogen, sondern sich damit begnügt, einige ganz provinzielle Künstler zu den vorzüglichen Dissolven zu stellen.

Prof. Dr. Gullon Paszouf, der Direktor des Bismarck'schen Landesgesundheitsbüros in Stuttgart, vollendet am 30. September sein 60. Lebensjahr. Der Gelehrte gehört zu den verdienstvollsten Männern im Gebiet unserer kunstgewerblichen Schönen und Angewandten Künste. Er hat die Initiative, die seine praktische Sammeltätigkeit für alle Zweige der neuen deutschen Kunstbewegung gegeben hat, und das von ihm eingerichtete Museum der Gesamtdarstellungen kann das Verdienst für sich beanspruchen, durch die Lehre der dort angestellten Schenkmeister zu geschmackvoll und gewirkt zu haben, wie keine Sammlung guter Sachen zu tun vermöchte.

„Berliner Kunst 1925“, die Ausstellung der Arbeitergemeinschaft im S. O. in der Deutschen Opernstraße, Charlottenburg, wird am 24. 12. 25, feierlich eröffnet und ist ab 2 Uhr für das Publikum zugänglich.

Prof. Willem Klatte erhielt vom Kultusministerium einen Lehrauftrag für Theorie der Kunst an der Staatlichen Akademie für Künste und Schulpflicht in Berlin.

